



2017/2053(INI)

24.1.2018

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

für den Haushaltsausschuss

zur Reform des Eigenmittelsystems der Europäischen Union
(2017/2053(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Nicola Caputo

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. fordert eine tiefgreifende Reform des Eigenmittelsystems ohne Erhöhung der steuerlichen Belastung der europäischen Steuerzahler, einschließlich konkreter Prioritäten und neuer Eigenmittel, die den Anteil der Beiträge auf der Basis des BNE, die 2016 65,4 % der Einnahmen der Union ausmachten, verringern könnten; weist darauf hin, dass, obwohl die Einnahmen der EU mehrheitlich noch aus nationalen BNE- und MwSt.-Beiträgen stammen, diese nicht als echte Eigenmittel gelten; betont, dass die EU eine stabile Eigenmittelform benötigt, und weist daher darauf hin, dass beispielsweise Strafzölle als Einnahme nicht vorhersehbar sind und sich demzufolge nicht als planbare Einnahmequelle eignen; fordert ferner eine schrittweise Einstellung aller wie immer gearteten Rabatte; betont, dass das gegenwärtige System komplexe und undurchsichtige Korrekturmechanismen umfasst, die dazu beitragen, dass jährlich ausreichende Mittel für Zahlungen fehlen;
2. weist darauf hin, dass der Bericht der Hochrangigen Gruppe zu den Eigenmitteln neue Vorschläge enthielt, einschließlich einer Reform der MwSt.-Eigenmittel und des EU-Emissionshandelssystems, einer CO₂-Steuer, einer Verkehrs- bzw. Strombesteuerung und Einnahmen aus dem digitalen Binnenmarkt; betont, dass die Einführung neuer Eigenmittel die Politikkohärenz zwischen Einnahmen- und Ausgabenseite des Haushaltsplans verbessern könnte; betont, dass trotz dieser Vorschläge die Beiträge der Mitgliedstaaten weiterhin als wesentliche Eigenmittelquelle bestehen bleiben müssen, indem das Eigenmittelsystem der EU vereinfacht, seine Transparenz und Ausgewogenheit verbessert und für seine demokratische Rechenschaftspflicht gesorgt wird und Einnahmen klug verausgabt werden;
3. legt allen Parteien nahe, aus dem Bericht der Hochrangigen Gruppe zweckdienliche Schlüsse zu ziehen und zu prüfen, ob die Umsetzung der Empfehlungen dazu beitragen würde, den Unionshaushalt transparenter, stabiler, einfacher, kohärenter, gerechter und vorhersehbarer zu machen, wobei das Subsidiaritätsprinzip geachtet und der Schwerpunkt besonders auf Solidarität und Umverteilung zwischen reicheren und ärmeren Ländern liegen sollte; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das derzeitige Eigenmittelsystem sehr komplex ist, was wiederum dazu führt, dass es an Transparenz mangelt, und dass dieser Mangel im Wege gemeinsamer Bemühungen der EU-Organe und der Mitgliedstaaten behoben werden muss;
4. weist darauf hin, dass diese neuen Arten von Eigenmitteln wichtig sind, um neue Aufgaben der Union in Bereichen wie Migration, dem Klimaschutzabkommen von Paris und innere Sicherheit und Verteidigung zu finanzieren und die erwarteten Einnahmeverluste im Umfang von 9 bis 12 Mrd. EUR jährlich auszugleichen, die aus dem Brexit resultieren könnten; weist ferner darauf hin, dass diese neuen Eigenmittel im Interesse der Wahrung des europäischen Mehrwerts des EU-Haushalts benötigt werden, um die angemessene Finanzierung sowohl der traditionellen Politikbereiche der EU als auch der neuen Prioritäten, die sich die EU setzt, zu erleichtern und mögliche Ausgabenkürzungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu vermeiden, die im „Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen“ der Kommission dargelegt werden;

5. betont, dass Agrarzölle sowohl ein Politikinstrument als auch ein Finanzierungsinstrument für die GAP sind und dass Freihandelsabkommen einen Rückgang der Zolleinkünfte bewirken werden; stellt fest, dass im Bericht der Hochrangigen Gruppe empfohlen wird, sie im Rahmen des Haushaltsplans für die GAP auch künftig beizubehalten, da sie einfache, effiziente und echte Eigenmittel für die Union seien; stellt fest, dass der Anteil der traditionellen Eigenmittel mit den Jahren stetig gesunken ist, da die Senkungen der durchschnittlichen Sätze nicht ausreichend durch Steigerungen des Handelsvolumens ausgeglichen wurden;
6. betont, dass zusätzliche Einkünfte, darunter Geldbußen für Wettbewerbsverstöße und höhere als erwartete Zölle, nicht zu zusätzlichen Ausgabemöglichkeiten, sondern zu niedrigeren Beiträgen auf der Basis des BNE führen;
7. weist darauf hin, dass reformierte MwSt.-Eigenmittel (anstelle der bestehenden), Eigenmittel auf der Grundlage der Körperschaftsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder andere Steuern auf Finanztätigkeiten den Vorteil hätten, die Funktionsweise des Binnenmarktes zu verbessern;
8. betont den Mehrwert der GAP bei der Förderung von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit im Agrarsektor und bei der Stärkung der langfristigen Ernährungs- und Umweltsicherheit in der Union und Garantien für stabile Lebensmittelpreise durch stabilere landwirtschaftliche Einkommen und nachhaltige Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, die in ländliche Gemeinschaften und Betriebe investieren und dadurch die Landflucht eindämmen und das Potenzial des ländlichen Raums ausschöpfen; räumt ein, dass die GAP reformiert werden muss, um gegenüber nicht in der Landwirtschaft tätigen Bürgern an Glaubwürdigkeit zu gewinnen und Argumente für eine andauernde Unterstützung zu liefern, indem umweltverträglichere öffentliche Güter geliefert und eine ausgewogenere Verteilung der Zahlungen zwischen und in den Mitgliedstaaten sichergestellt werden; hebt schließlich hervor, dass der Beitrag der Agrarzölle zu den EU-Finzen gewahrt werden muss;
9. weist darauf hin, dass die GAP in erster Linie täglich ca. 500 Mio. europäische Bürger mit qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Lebensmitteln versorgt; weist ferner darauf hin, dass dies jeden EU-Bürger im Durchschnitt 32 Cent am Tag als Beitrag für sichere, gesunde Nahrungsmittel und eine vielfältige Agrarlandschaft kostet; betont, dass die GAP als einzige vollvergemeinschaftete Politik den höchsten europäischen Mehrwert erbringt und dass eine national finanzierte Agrarpolitik wesentlich teurer wäre;
10. betont, dass eine indirekte Einnahmenverbesserung auch durch eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik realisiert werden kann;
11. fordert, dass die Mittel, die über den Mechanismus für die Haushaltsdisziplin im Agrarsektor zugewiesen wurden und nicht verwendet worden sind, im nächsten Haushaltsjahr in vollem Umfang als Direktzahlungen zur Verfügung gestellt werden;
12. ist der Auffassung, dass die GAP Wirkung entfaltet und dass ihre Legitimität als eines der wichtigsten Instrumente für Maßnahmen der EU gestärkt werden muss, wenn es um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum und insbesondere in der Landwirtschaft geht.

ANGABEN ZUR ANNAHME IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

Datum der Annahme	23.1.2018
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 28 -: 7 0: 5
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	John Stuart Agnew, Clara Eugenia Aguilera García, Eric Andrieu, Richard Ashworth, José Bové, Daniel Buda, Nicola Caputo, Paolo De Castro, Jean-Paul Denanot, Albert Deß, Jørn Dohrmann, Herbert Dorfmann, Norbert Erdős, Edouard Ferrand, Luke Ming Flanagan, Martin Häusling, Esther Herranz García, Peter Jahr, Ivan Jakovčić, Jarosław Kalinowski, Zbigniew Kuźmiuk, Philippe Loiseau, Mairead McGuinness, Ulrike Müller, James Nicholson, Maria Noichl, Marijana Petir, Laurențiu Rebegea, Bronis Ropė, Ricardo Serrão Santos, Czesław Adam Siekierski, Tibor Szanyi, Marc Tarabella, Marco Zullo
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Franc Bogovič, Stefan Eck, Jens Gieseke, Maria Heubuch, Karin Kadenbach, Momchil Nekov, Sofia Ribeiro, Annie Schreijer-Pierik, Hannu Takkula, Tom Vandenkendelaere, Thomas Waitz
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 200 Abs. 2)	Stanisław Ożóg

NAMENTLICHE SCHLUSSABSTIMMUNG IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS

28	+
ALDE	Ivan Jakovčić, Ulrike Müller, Hannu Takkula
EFDD	Marco Zullo
ENF	Rebega Laurentiu
PPE	Franc Bogovič, Daniel Buda, Albert Deß, Herbert Dorfmann, Norbert Erdős, Jens Gieseke, Esther Herranz García, Mairead McGuinness, Marijana Petir, Sofia Ribeiro, Annie Schreijer-Pierik, Czesław Adam Siekierski, Tom Vandenkendelaere
S & D	Clara Eugenia Aguilera García, Eric Andrieu, Nicola Caputo, Paolo De Castro, Jean-Paul Denanot, Karin Kadenbach, Maria Noichl, Ricardo Serrão Santos, Tibor Szanyi, Marc Tarabella

7	-
ECR	Jørn Dohrmann, Zbigniew Kuźmiuk, James Nicholson, Stanisław Ożóg
EFDD	John Stuart Agnew
GUE/NGL	Stefan Eck, Luke Ming Flanagan

5	0
ECR	Richard Ashworth
ENF	Philippe Loiseau
VERTS/ALE	José Bové, Martin Häusling, Bronis Ropè

Erklärung der benutzten Zeichen:

+ : dafür

- : dagegen

0 : Enthaltung